

## Haushaltseinbringungsrede 2015

18. Dezember 2014

Sehr geehrte Frau Ratsvorsitzende,

sehr geehrte Ratsmitglieder,

- In den Bramscher Nachrichten vom 11. Dezember war mit Blick auf das Jahresergebnis 2013 von „Goldenen Zeiten im Rathaus“ die Rede. Heute lege ich Ihnen einen Haushaltsentwurf vor, der im Ergebnis nicht ausgeglichen ist und im investiven Bereich auch wieder eine Neuverschuldung erfordert.
- Und dennoch ist es ein wegweisender Haushaltsentwurf für die Zukunft der Stadt Bramsche. Wie passt das zusammen?
- Zunächst dürfen die überdurchschnittlichen Steuereinnahmen, die auf der guten Konjunktur der vergangenen Jahre beruhen, nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich diese Entwicklung so nicht fortsetzen wird.
- Aufgrund der voraussichtlichen Wachstumsdaten der Wirtschaft werden wir uns wieder auf ein „Normalmaß“ der Steuereinnahmen einstellen müssen. Für die Gewerbesteuer bedeutet das z. B., dass der Ansatz für das Jahr 2015 etwa 3 Mio. Euro unter dem Ergebnis von 2013 liegen wird.
- Gleichzeitig werden die Anforderungen an unser Gemeinwesen weiter steigen. Ich denke da nur an die Bereiche Bildung und Kinderbetreuung, die uns jährlich steigende Ausgabeansätze bescheren. Dies trägt den Veränderungen in unserer Gesellschaft Rechnung, denen wir uns weder entziehen können noch entziehen wollen und im Interesse unserer Zukunft und der unserer Kinder auch nicht entziehen dürfen.
- Wenn wir dieser Entwicklung erfolgreich begegnen wollen, dann müssen wir in die Zukunft unserer Stadt investieren:
  - o In die Infrastruktur, damit unsere Stadt auch morgen noch attraktiv ist für unsere Bürgerinnen und Bürger,
  - o in die Entwicklung neuer Wohngebiete, damit wir gute Wohnmöglichkeiten schaffen, insbesondere auch für Neubürger,
  - o und in unsere Industrie- und Gewerbeflächen, damit wir neben wohnortnahen Arbeitsplätzen auch die Grundlagen dafür schaffen, dass wir unsere Aufgaben, unsere Infrastruktur, unsere öffentlichen Einrichtungen und unsere Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt dauerhaft finanzieren können.
- Der Aufbau und der Erhalt der Infrastruktur stehen daher klar im Mittelpunkt. Diese Aufgabe hat die Stadt Bramsche bisher gut gemeistert
- Viele gute und richtige Entscheidungen wurden für Bramsche getroffen. Diesen eingeschlagenen Weg sollten wir gemeinsam tatkräftig fortsetzen: grundsätzlich maßvoll investieren und dabei die Chancen nutzen, um unsere Stadt weiterzuentwickeln und attraktiv zu gestalten.

- Das spiegelt auch dieser Haushaltsplanentwurf wider
- Dieser soll zum einen gewährleisten
  - o Dass die vielfältigen Aufgaben der Verwaltung angemessen erfüllt werden können und bestehende Werte erhalten werden

Und zum anderen,

- o Dass mit Investitionen Schwerpunkte gesetzt werden können
  - Das sind vor allem das Gewerbe- und Industriegebiet in Schleptrup und
  - mehr Flächen für den Wohnungsbau
- Beides sehe ich als wichtige Meilensteine zur Weiterentwicklung.
- Investitionen der öffentlichen Hand sind bekanntlich anders zu beurteilen als Investitionen der freien Wirtschaft, bei denen der wirtschaftliche Erfolg im Vordergrund steht
- Die Schaffung öffentlicher Infrastruktur ist zunächst mit Investitionskosten und mit Folgekosten verbunden, die nicht unmittelbar über Gewinne in den Haushalt zurückfließen. Aber sie zahlen sich auf Dauer aus, und das auch im wirtschaftlichen Sinne.
- Das kann man heute berechnen und belegen. Das haben wir auch getan. Prosperierende Unternehmen und stabile Einwohnerzahlen sind notwendig, um die notwendigen Steuereinnahmen auch in Zukunft zu sichern.
- Derartige Investitionen sind keine einfachen Entscheidungen, der städtische Haushalt wird dadurch zunächst einmal erheblich belastet
- Weitsicht und ein wenig Mut sind bei den kommenden Beratungen zum Haushalt gefragt
  
- Wir müssen uns vor Augen halten, dass sich Bramsche dadurch ein erhebliches Stück weiterentwickelt
- Dafür müssen die Weichen gestellt werden und vor allem hinsichtlich des Gewerbe- und Industriegebietes in Schleptrup ein klares Zeichen für die Wirtschaft gesetzt werden - Bramsche ist ein guter Standort und wird künftig ein noch besserer Standort sein.
  
- Damit verbunden sind Investitionen im kommenden Jahr in Grundstücksankäufe, Ausgleichsmaßnahmen und verkehrstechnische Infrastruktur in Höhe von rund 5,1 Mio. Euro, die zum Teil bereits über Grundstücksverkäufe zurückfließen.
  
- Ein Wort noch zur zukünftigen Sicherung unserer Einnahmesituation:
- Wie Sie wissen, finanzieren sich die Kommunen zu einem erheblichen Teil aus den Schlüsselzuweisungen, mit denen sie am Steueraufkommen des Landes beteiligt sind.

Dabei wird berücksichtigt, in wieweit die Kommunen ihre eigenen Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen.

- Das hat den Sinn, dass sich keine Gemeinde niedrige Steuersätze letztlich durch die Allgemeinheit ausgleichen lassen kann. Auf der anderen Seite bedeutet das aber, dass eine Gemeinde Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen verliert, wenn sie ihre Steuersätze nicht dem Landesniveau anpasst. Daher müssen wir von Zeit zu Zeit prüfen, ob unsere Steuersätze noch angemessen sind.
  
- Die letzte Anpassung unserer Hebesätze liegt bereits vier Jahre zurück. In der Zwischenzeit haben viele andere Städte und Gemeinden ihre Steuersätze angehoben oder haben dies für das kommende Haushaltsjahr angekündigt, übrigens auch in unserer Nachbarschaft.
- Daher möchte ich den Vorschlag machen, darüber nachzudenken, die Hebesätze für die Grundsteuern A und B sowie für die Gewerbesteuer maßvoll anzuheben.
- Gewiss sind die Mehreinnahmen im Vergleich zu den Gesamtaufwendungen überschaubar: In Zahlen ausgedrückt würde eine Anhebung um 10 Punkte eine Netto-Mehreinnahme von rund 280.000 Euro im städtischen Haushalt bedeuten, bei einer Erhöhung um 20 Punkte wären es knappe 580.000 Euro.
- Trotzdem wäre dies ein Schritt, die Schere nicht größer werden zu lassen. Wir haben eine Steuererhöhung noch nicht in den Haushaltsentwurf eingerechnet, da das sicherlich noch einer politischen Diskussion bedarf.
- Sie sollten in Ihre Überlegungen bitte einbeziehen, dass bei der Bemessung der Schlüsselzuweisungen die Steuereinnahmen zugrunde gelegt werden, die eine Gemeinde im Landesdurchschnitt einnehmen könnte und nicht ihre tatsächlichen Steuereinnahmen.
- Schöpft eine Gemeinde aufgrund unterdurchschnittlicher Steuerhebesätze ihre Steuerkraft nicht aus, so verliert sie daher insgesamt gesehen an Einnahmen. Daher müssen die Steuerhebesätze von Zeit zu Zeit der allgemeinen Entwicklung der Steuerhebesätze angepasst werden. Wir werden in den im Rahmen der Haushaltsplanberatungen darauf zurückkommen.

Was beinhaltet dieser HH-Entwurf in Zahlen?

#### Ergebnishaushalt

- Hier sind alle Erträge und Aufwendungen, einschließlich der kalkulatorischen Kosten, enthalten
- Der Ergebnishaushalt schließt mit Erträgen von rund 41,8 Millionen Euro und mit Aufwendungen von rund 43,6 Millionen Euro ab. Daraus entsteht ein Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis von 1,85 Millionen Euro.

- Der Haushalt ist jedoch im Sinne des kommunalen Haushaltsrechtes ausgeglichen, da diesem Fehlbetrag noch eine ausreichend hohe Überschussrücklage aus den Vorjahren gegenübersteht. Daher wird auch kein Haushaltssicherungskonzept erforderlich sein.
- Gewerbesteuer eine wichtige Ertragsquelle, aber sie ist immer auch unsicher, da neben der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung auch lokale Effekte eine erhebliche Rolle spielen.
- Solche einmaligen Effekte resultieren z. B. aus Steuerprüfungen für vergangene Jahre oder aus Umstrukturierungen bei Unternehmen, die auf diese Weise ihre Steuerlast mindern können.
- Für 2015 wird ein Rückgang der Gewerbesteuer auf 8 Mio. Euro erwartet.
- Hier zeigt sich nochmals ganz deutlich, dass aktive Wirtschaftsförderung auch durch Schaffung neuer Industrie- und Gewerbeflächen betrieben werden muss, um positive Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft zu gewährleisten.
- Das Gewerbe- und Industriegebiet in Schleptrup ist dabei zukunftsweisend – langfristig auch für den städtischen Haushalt
- Aufgrund guter Wirtschaftslage sind viele Menschen in Lohn und Brot, das wird deutlich am Anstieg des Anteils der Einkommenssteuer von 9,4 auf 10,1 Mio. €.
- Auch die Schlüsselzuweisungen steigen, u. a. aufgrund eines höheren Grundbetrags, im kommenden Jahr voraussichtlich auf rund 8,9 Mio. Euro.
- Für 2015 werden sich die Aufwendungen auf 43,6 Mio. Euro belaufen
- Größter Posten sind die Transferaufwendungen. Darin sind u. a. die Kreisumlage mit rund 13 Mio. Euro, die Gewerbesteuerumlage mit rund 1,5 Mio. Euro und die Zuschüsse an die Kindertagesstätten mit rund 4,2 Mio. Euro enthalten.
- Auch wenn die letztere Position durch Abrechnungen aus Vorjahren überdurchschnittlich angestiegen ist, zeigt sich hier wieder der eingangs bereits erwähnte kontinuierliche Mehrbedarf bei der Kinderbetreuung. Krippen für Kleinkinder und Ausweitung der Betreuungsangebote über die Mittagszeit hinaus sind eben nicht nur eine Frage von Investitionen, sondern sie rufen auch steigende Folgekosten hervor.
- Auch der Ansatz für die Personalaufwendungen musste aufgrund von Tarifierhöhungen und Pensionsrückstellungen auf ca. 9,2 Mio. Euro angepasst werden.
- Die Abschreibungen auf das städtische Eigentum sind gering gestiegen, obwohl erheblich in diesem Jahr investiert wurde. Sie belaufen sich auf rund 3,4 Millionen Euro. Diesen kalkulatorischen Kosten stehen zwar zunächst keine tatsächlichen

Ausgaben gegenüber, jedoch machen sie den künftigen Reinvestitionsbedarf deutlich. Sie sind sozusagen die Folge der mit Investitionen geschaffenen Werte, die sich in der Bilanz im Sachvermögen wiederfinden.

### Finanzhaushalt

- Dieser enthält jeweils die tatsächlich innerhalb des Haushaltsjahres erfolgten Einzahlungen und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit sowie aus der Finanzierungstätigkeit, also der Aufnahme und Rückzahlung von Krediten.
- Die Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit werden sich auf rund 39,8 Millionen Euro und die Auszahlungen auf ca. 39,5 Millionen Euro belaufen. Daraus entsteht ein Saldo von rund 267.000 Euro.
- Die im Finanzhaushalt veranschlagten Investitionen belaufen sich auf rund 9,16 Millionen Euro, wobei von der Verwaltung eingehend geprüft wurde, welche Investitionen erforderlich bzw. in manchen Fällen auch zur notwendigen Werterhaltung städtischer Gebäude unumgänglich sind.
- Davon müssen rund 4,87 Millionen durch Kreditaufnahmen finanziert werden. Gleichzeitig werden rund 1,87 Millionen für das Abzahlen laufender Kredite vorgesehen. Nach Abzug dieser Tilgung ergibt sich nominal eine Neuverschuldung von rund 3 Euro, die wir vorsorglich einplanen müssen.
- In welcher Höhe die eingeplanten Kredite tatsächlich aufgenommen werden müssen, hängt immer vom Verlauf des Haushaltsjahres ab.
- Neben der bereits erwähnten Investition in das GI Schleptrup beziehen sich die Investitionen auf die laufende bauliche Unterhaltung von Gebäuden und Straßen, auch vor dem Hintergrund energiesparender Sanierungen im Hochbaubereich
- Bei dieser Haushaltslage müssen Prioritäten gesetzt werden.
- Erste Priorität hat für mich das GI Schleptrup, aber auch die Planungen für das Baugebiet am Stapelberger Weg sind wünschenswert.
- Am Stapelberger Weg zeigen sich im Zuge der laufenden Planungsarbeiten erhebliche Immissionsprobleme, die sich, wenn überhaupt, nur durch massive Investitionen in aktive Lärmschutzmaßnahmen, bewältigen lassen, die schon zu Beginn der Erschließung mit über 1 Mio. € zu Buche schlagen würden.
- Beides – GI Schleptrup und das Vorhaben am Stapelberger Weg – gleichzeitig in einem Jahr verwirklichen zu wollen, wäre daher mit Sicherheit ein immenser Kraftakt für die Stadt Bramsche, der den Haushalt 2015 zu sehr belasten würde.
- Daher schlage ich vor, an den Planungen zum Baugebiet „Stapelberger Weg“ weiter zu arbeiten und über notwendige Investitionen erst in Jahr 2016 nachzudenken, falls es uns gelingt, die Immissionskonflikte zu lösen.

- Das sollte bei den kommenden Beratungen in den politischen Gremien und in den Fraktionen bedacht werden
- Und zu guter Letzt: Ganz herzlich möchte ich allen Mitarbeitern des Hauses, insbesondere Herrn Langkamp und Frau Bodensiek, für ihre Arbeit danken. Beide haben sehr zuverlässig die Zahlen für den Haushaltsentwurf zusammengetragen und in einem Eckpunktepapier die wichtigsten Daten und Fakten zusammengefasst.
- Gerade für Frau Bodensiek war es eine besondere Herausforderung, da sie die Nachfolge von Herrn Langkamp übernehmen wird. Für sie ist das zwar kein Neuland, da sie bereits seit Jahren in unserer Finanzverwaltung tätig ist, aber die Verantwortung für die Zusammenstellung des umfangreichen Zahlenwerks wird künftig in ihren Händen liegen.
- Der Entwurf wird uns allen eine gute Arbeitsgrundlage bei vielen Sitzungen zum Haushalt in den kommenden Wochen sein. Ich wünsche uns gemeinsam konstruktive Beratungen.
- In ihrer letzten Haushaltseinbringungsrede hat Frau Höltermann den Wunsch geäußert, dass der Haushalt, wie in den Vorjahren, am Ende aller notwendigen Diskussionen doch wieder von einer großen Ratsmehrheit getragen werden sollte. Ich möchte mich diesem Wunsch im Sinne einer gemeinsamen Verantwortung für den Haushalt unserer Stadt ausdrücklich anschließen.